

**Jour fixe vom 22.05.2023 – 1. Fortsetzung „Das zweite Kriegsjahr...“, 2. Großbritannien, 3. Modernisierung des amerikanischen Imperialismus**

**1. IV. 2. b) Fortsetzung: Das zweite Kriegsjahr darf beginnen (GS 1-23),– weiter ab S. 30**

Die europäischen Staaten engagieren sich im Wirtschaftskrieg gegen Russland mit allem, was sie an Wirtschaftskraft aufbieten können – ihrem Binnen- und Finanzmarkt, dem gemeinsamen Geld, den vielfältigen ökonomischen Verbindungen, die sie mit Russland eingegangen sind. Das alles benutzen sie als strategische *Waffe*, um Russland niederzuringen. Was fällt ihnen dabei mit Blick auf ihre militärische *Souveränität* auf?

— *Sie führen den Wirtschaftskrieg ja gegen eine Atommacht. Sie schaden Russland zwar erheblich, aber das reicht nicht, um ihre imperialistischen Ansprüche durchzusetzen. Zu deren Absicherung brauchen sie die militärische Macht der NATO. Dass die EU militärisch nicht genauso autonom handeln kann wie in dem Wirtschaftskrieg, das fällt ihr daran störend auf.*

Den Wirtschaftskrieg gegen die Atommacht Russland kann die EU nur mit der militärischen Rückendeckung der NATO führen. Das fasst die EU als Mangel ihrer Souveränität in Kriegsdingen, den es zu beseitigen gilt.

— „... , dass es diesem Feind gegenüber mit der ökonomischen Waffe allein nicht getan ist“ (erster Absatz unter b)) heißt nicht: erst probiert es die EU mit dem Wirtschaftskrieg, merkt dann, dass der für ihren Zweck, Russland niederzuringen nicht reicht, also ihre Souveränität in Kriegsdingen unzulänglich ist, und schließt daraus die Notwendigkeit, sich militärisch aufzurüsten. Das ist falsch, weil der Wirtschaftskrieg gegen Russland, der ja eine Bestreitung russischer Souveränität ist – also gerade nicht unzureichend im Sinne der bezweckten Schädigung Russlands –, sehr wohl geführt werden kann, eben unter dem Schutzschirm, der atomaren Abschreckung der NATO.

Die Abschreckung durch die NATO und insbesondere die Rückendeckung der USA braucht es für beide Kriege gegen Russland – für den Wirtschaftskrieg der EU und den Stellvertreterkrieg in der Ukraine. In letzterem wird ein veritabler Krieg gegen Russland geführt. An dem sind die EU-Staaten doppelt beteiligt – als NATO-Mitglieder stellen sie für den Stellvertreterkrieg die militärischen Mittel bereit *und* als EU-Mitglieder führen sie den Wirtschaftskrieg. Beides exekutieren sie nebeneinander. Insofern geht die Vorstellung, dass die EU, weil der Wirtschaftskrieg nicht ausreicht, neue militärische Bedürfnisse entwickeln würde, völlig an der Sache vorbei. Der Standpunkt der EU ist, bezüglich ihrer EU-eigenen Ambitionen der Ordnung und Zuordnung der Staaten – wie jetzt gegen Russland – genauso souverän agieren zu können wie beim Wirtschaftskrieg. Für diesen hohen Anspruch ist die militärische Absicherung durch die NATO nicht ausreichend.

Der Wirtschaftskrieg versteht sich als und *ist* auch die wirksame Ergänzung des Stellvertreterkriegs. Der Wirtschaftskrieg erfordert notwendig die Absicherung durch Waffengewalt und die atomare Drohkulisse, weil der Zweck, Russland wirtschaftlich in die Enge zu treiben und letztlich zur Kapitulation zu zwingen, voraussetzt, dies auch zu *können*. Diese Absicherung leistet die NATO und das sieht die EU als ihre Schwäche, sie will sich von der NATO emanzipieren. Für Macron und Scholz liegt darin die *Notwendigkeit*, als EU in Kriegsdingen *souverän* handlungsfähig zu werden. Dieser Bedarf ist nicht neu, aber dessen Dringlichkeit.

— *Aber wenn Scholz, wie jetzt aktuell, postuliert, die EU dürfe keinen dritten Block zwischen China und den USA anstreben, das sei nicht nötig, weil die Zusammengehörigkeit der EU mit den USA unumstößlich sei, lehnt er doch ab, dass die EU eine eigenständige militärische Macht werden will.*

Scholz lehnt nicht die *Souveränität* der EU in Kriegsdingen ab. Er stellt klar: 1. Europa ist integraler Bestandteil des Westens, vertritt keine dritte Position *zwischen* den USA zusammen mit dem von den USA angeleiteten Lager *und* auf der anderen Seite China; 2., weil die europäischen Staaten im westlichen Bündnis fest verankert sind, haben sie auch  
55 Anspruch auf Durchsetzung der Weltwirtschaftsordnung nach ihren Vorstellungen und auf Teilhabe an dem dafür notwendigen Gewaltmonopol, der NATO. Das drückt Scholz aus mit ‚die EU bildet keinen eigenen Block‘. Er wendet sich nicht gegen die NATO, die braucht Europa zur Absicherung seiner EU-eigenen imperialistischen Ansprüche in Europa. Dass die NATO aber von der Führerschaft der USA lebt und unter deren  
60 oberstem Kommando steht, die Europäer innerhalb der NATO eine untergeordnete Rolle spielen, daran leiden sie und daraus resultiert die Forderung nach mehr Souveränität der EU in Kriegsfragen.

— *Dass Souveränität in Militärfragen gar nicht nötig sei, weil die EU-Staaten so gut mit den USA befreundet sind, ist sicher nicht der europäische Standpunkt. Den drückt  
65 Macron aus, wenn er auf die neue europäische Einigkeit angesichts des Kriegs in der Ukraine verweist, dass „Europa ‚souverän‘ und ‚strategisch autonom‘ werden müsse“ (S. 31).*

Insbesondere Frankreich plädiert schon länger für mehr europäische Eigenständigkeit in Militärfragen unter französischer Anleitung und Führung. Darauf beruft sich Macron und  
70 verweist auf die alten Vorwürfe der anderen europäischen Staaten, das wäre bloß ‚französische Phantasie‘. Die *deutsche* Position ist davon zu unterscheiden, sie hat sich mit der ‚Zeitenwende‘ tatsächlich geändert. Vorher galt in Deutschland der Standpunkt, eine eigenständige militärische Potenz braucht es nicht, denn ‚wir‘ sind als NATO-Mitglied gut abgesichert. Jetzt beharrt auch Deutschland auf mehr Eigenständigkeit und  
75 will sich in militärischen Fragen mehr Potenz und eigene autonome Verfügung verschaffen.

*Einig* sind sich Macron, Scholz und die EU darin, dass Europa eine eigene Souveränität in Kriegsdingen dringend braucht (siehe Zitate S. 31). *Uneinig* darin, wie die hergestellt werden soll und wer das Sagen hat. Macron betont, dass er schon immer Recht hatte mit  
80 seinem Drängen, Europa unter Frankreichs Führung militärisch besser aufzustellen. Scholz will ein *einiges Europa*, das seine Souveränität *selbst* behaupten kann. Dabei geht er ganz selbstverständlich davon aus, dass Deutschland die Macht ist, die bestimmt, wie die zwischenstaatliche Zusammenarbeit organisiert ist. Macrons Führungsanspruch weist er zurück mit dem Argument: die USA leisten besseren Schutz für Europa als es  
85 Frankreich je könnte. Die Konkurrenz um den Führungsanspruch zwischen den Mitgliedstaaten offenbart die Uneinigkeit der EU-Staaten in Militärfragen und zugleich, dass eigentlich kein europäischer Staat bereit ist, sich der militärischen Führung eines anderen unterzuordnen. Deshalb kommt die Emanzipation von der NATO auch nicht so richtig voran.

90 — *Alle europäischen Führungskräfte beschwören die Notwendigkeit der forcierten kollektiven Aufrüstung. Wieso konkurrieren sie trotzdem in Rüstungssachen? Wieso treten sie ihre militärischen Mittel nicht an die EU ab? Das würde doch die EU als supranationale Macht stärken und das ist es doch, was sie wollen.*

Ja, die Stärkung der militärischen Souveränität wollen alle europäischen Staaten. Dieser  
95 Wille eint aber Staaten, die ansonsten jeder für sich souverän handeln und auch in Rüstungsfragen gegeneinander konkurrieren. Für sie ist jedes Abtreten der freien Verfügung über ihre nationalen Rüstungsfragen zur Schaffung einer supranationalen Instanz zugleich ein nationaler Souveränitätsverzicht. Das rührt aus dem Grundwiderspruch der EU. Deswegen wickeln sie auch ihren Bedarf nach kollektiver  
100 militärischer Aufrüstung Europas als Konkurrenten ab: wer hat das Sagen in welcher Sache, wer wird Führungsmacht, wer definiert die europäische Agenda.

Dass die EU kein vollwertiges militärisches Subjekt ist, also einen enormen Aufrüstungsbedarf hat, fällt den Europäern zum einen auf bei der Ausstattung der Ukraine als Stellvertreter gegen Russland. Da stoßen sie ziemlich schnell an die Schranken dessen, worüber die einzelnen EU-Staaten autonom verfügen. Allein deshalb entdecken sie Nachholbedarf. Zum anderen sehen die europäischen Führungsmächte in diesem Krieg die Aussicht auf ein entscheidend konventionell geschwächtes Russland und insofern die Perspektive in Reichweite, sich selbst als europäische Front konventionell so aufzurüsten, dass zukünftig ein Angriff Russlands auf diese Front aussichtslos wird. Erst wenn die substantielle Schwächung der konventionellen militärischen Potenzen Russlands und die entsprechend forcierte Aufrüstung der europäischen Länder zusammenkommen, steht für Europa die Perspektive, auf konventioneller Ebene Russland standhalten zu können oder ihm gar militärisch überlegen zu sein.

115 — *Irritierend finde ich die Formulierung, etwas müsse „zusammenkommen“, wo doch der Zweck von Anfang an war, Russland zu schwächen.*

Die deutsche ‚Zeitenwende‘ ist ja nicht gedacht als eine zur Unterstützung der Ukraine, sondern zum Aufwuchs Deutschlands als konventionelle europäische Führungsmacht. Das ist das Programm einer massiven Aufrüstung in Europa. *Zusammen mit* einer umfassenden Dezimierung der russischen Kräfte, gegen die diese Aufrüstung erfolgt, ergibt sich die Perspektive, dass man es als Europa in der Zukunft mit Russland aufnehmen kann.

Das nicht neue europäische Bedürfnis nach mehr militärischer Kompetenz und Potenz bekommt also eine neue Dringlichkeit und eine neue Stoßrichtung: Einerseits wird die Beschränktheit der militärischen Mittel Europas deutlich. Andererseits gibt es die Perspektive, Europa in die Lage zu versetzen, zukünftig zumindest auf konventioneller militärischer Ebene eigenständig Russland von ähnlichen Militäreinsätzen abschrecken zu können.

130 — *Am Weltmaßstab gemessen blamiert sich Europa aktuell, und dies weist darüber hinaus, nur die Russen klein zu kriegen: Europa will sich einen neuen Status in der Welt verschaffen.*

Das geht schrittweise: Erst mal mit Russland in diesem Krieg fertig werden; dann mit den eigenen europäischen Mitteln Russland zur Unterordnung in Europa zwingen; und als weiter zu verfolgende Perspektive: zu neuer weltpolitischer Statur aufzuwachsen. Oder anders ausgedrückt: Der jetzt anstehende Schritt in Sachen europäischer Souveränität ist eine sehr direkt gegen Russland gerichtete Aufrüstung zu einer konventionellen Macht Europa, die Russland überlegen ist und es unterordnen kann – mit der Perspektive, den Anspruch auf europäische Friedensordnung zu sichern. Das schließt über Europa hinausgehende Ambitionen nicht aus (z.B. europäische Militärschiffe in Asien!).

140 Wie die Perspektive praktisch realisiert werden soll, ist Sache der Konkurrenz zwischen den europäischen Nationen. Die von allen eingeforderte Souveränität Europas in Militärfragen stößt sofort darauf, dass die eine übergeordnete Instanz, die mehr Souveränität an den Tag legen könnte, nicht existiert. Die europäischen Nationen wollen auch gar nicht ein ihnen übergeordnetes militärisches Subjekt schaffen, wie sie es in Fragen des Geldes mit der EZB gemacht haben. Sondern sie bemühen sich im militärischen Beschaffungswesen, in der Auswahl der Kriegsgerätschaften etc. mehr zusammen zu arbeiten. Die Konkurrenz geht darum, wer bei welchem Rüstungsprojekt den entscheidenden Fortschritt voranbringen kann und darin den Konkurrenten überlegen ist.

150 Zugleich mit der Einforderung von mehr Souveränität gibt es den Streit – vor allem zwischen Deutschland und Frankreich – darüber, in welchem Verhältnis das eigene militärische Vorankommen Europas und in Europa dazu steht, dass man Mitglied der NATO ist – wo die USA das Sagen haben.

155 **2. V. Die Rason des Vereinigten Königreichs im Ukraine-Krieg** (GS 1-23, S. 33)

— *Die anfangs (S. 33) zitierte Rede Johnsons dokumentiert, dass Großbritannien sehr konsequent die Interessen Russlands ignoriert, wovon auch das JEF-Bündnis (s. S. 39) zeugt, eine Art Sub-NATO extra gegen Russland, das schon vor 10 Jahren auf Betreiben Englands zustande kam.*

160 — *Neben dieser Besonderheit nimmt es in Sachen Verteidigung der westlichen Weltordnung denselben Standpunkt wie die USA und die anderen europäischen Staaten ein und sieht sich darin in der Sonderrolle eines Mittlers: Als Nicht-EU-Mitglied und mit seinen besonderen Beziehungen zu den USA verbürgt es die Einheit des westlichen Vorgehens gegen Russland, indem es die anderen Europäer durch seine Vorreiterrolle dazu drängt, den Krieg zu eskalieren und darüber das Bewusstsein zu schaffen, wie sehr alle die USA brauchen. Andererseits will Großbritannien den USA die Bedeutung des Beitrags der Europäer vor Augen führen. So sorgt es für den Zusammenhalt Europas mit den USA.*

170 Großbritannien teilt den westlichen Kriegsgrund, es hat aber auch einen eigenen Grund, der darin liegt, wie es seine Stellung in der Welt sieht und wie es sich angegriffen sieht, wenn Russland in der Ukraine einmarschiert.

— *Großbritannien sieht sich als besonders enger Verbündeter der USA und als Teilhaber an dem Weltgewaltmonopolisten und ist daher besonders verletzt durch den russischen Angriff.*

175 — *Für diese Weltordnung einzustehen ist ein für Großbritannien eigenständiger Grund, denn als ehemalige Kolonialmacht fühlt es sich besonders zuständig für die Freiheit der Weltmeere und des Welthandels. Diesen Anspruch untermauert Großbritannien mit seinem Militär.*

180 Die ehemalige Kolonialmacht ist heute ein selbständiges Subjekt der westlichen Weltordnung. Es führt nicht einfach Aufträge der USA aus, sondern verfügt über alle möglichen eigenen Potenzen für ein eigenständiges imperialistisches Auftreten als Gewaltsubjekt weltweit: Finanzplatz London, Britisches Pfund, atomare Mittelmacht mit Atom-U-Booten überall auf der Welt, Platz im UN-Sicherheitsrat, Commonwealth – und einer 'special relationship' zu den USA usw. (S. 35). Das sind die Grundlagen von  
185 Großbritanniens Weltmachtstellung in der westlichen Weltordnung und all das bringt es selbstverständlich gegen Russland in Anschlag.

190 Dass Großbritannien sich in der US-monopolistischen kapitalistischen Weltordnung so gut integriert sieht, ist die materielle Substanz für ihr substantielles Interesse an dieser Weltordnung. Das ist der Grund für den eigenen englischen, sehr prinzipiellen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber einem atomar gerüsteten Russland. Großbritannien hat eigene Sicherheitsinteressen und legt Wert darauf, diese auch eigenständig untermauern zu können. Diese Feindschaftserklärung stand für England schon lange fest, da hat es – im Unterschied zu Deutschland – keine „Zeitenwende“ gebraucht.  
195 Großbritannien sieht sich durch den Krieg in seiner immer schon gepflegten Behandlung Russlands als Feind der westlichen Weltordnung *bestätigt*.

200 Die Rason des Vereinigten Königreichs als Teilhaber am Weltgewaltmonopol beinhaltet, die Sicherung seiner Weltordnungsansprüche an der Seite der USA und innerhalb der NATO voranzutreiben. Bezogen auf das Kriegsbündnis ist es ihm deshalb ein Anliegen, eine starke einheitliche Front gegen den erklärten Feind Russland zu schmieden. Das richtet sich vor allem gegen das Bestreben Frankreichs und Deutschlands, innerhalb des NATO-Bündnisses eine gewisse europäische Autonomie herzustellen.

Wie betreibt Großbritannien die unverbrüchliche Einheit der europäischen Staaten mit den USA praktisch?

— Großbritannien betätigt sich als Scharfmacher und prescht immer vor: Boris Johnson sicherte der Ukraine bereits am ersten Kriegstag die Unterstützung Großbritanniens zu. Wie auch die USA lieferten sie schon in den Jahren davor Waffen und bildeten Ukrainer aus. Jetzt will Großbritannien Kampffjets schicken. Zu solchem Vorpreschen sieht sich das Land berufen, weil es sich nach dem Brexit nicht mehr mit anderen europäischen Partnern abstimmen muss. Als außereuropäische Macht erklärt es sich zum Garanten der Einheit Europas mit den USA: Sein vorwärtstreibendes militärisches Engagement hat die Intention und oft sogar die Wirkung, die anderen europäischen Staaten hinter ihre Linie zu „bugsieren“ (S. 38) und den Krieg weiter zu eskalieren. Das schmiedet sie – sofern sie dieser Linie folgen – umso mehr unter dem Schirm der USA zusammen, weil deren Abschreckungsmacht zur Absicherung der militärischen Beteiligung der Europäer immer dringlicher wird. Gegenüber den USA pochen sie darauf, dass sie dafür bürgen, dass Europa ein gewichtiger Teil ihres NATO-Kriegsbündnisses ist und bleibt.

— Inwiefern „bugsiert“ Großbritannien die Staaten Europas in eine Strategie hinein? Damit ist im Sprachgebrauch ein Drängen auch zum Teil gegen den Willen gemeint. Das kann hier nicht gemeint sein.

— Gemeinsamer Ausgangspunkt der westlichen Staaten war und ist, dass sie den Krieg in der aktuellen Lage mit der Lieferung neuer Waffentypen an den Stellvertreter eskalieren müssen, um ihr Ziel zu erreichen, Russland auf dem Boden der Ukraine niederzuringen. Aber in der Frage, welche neuen Waffen zum Einsatz kommen sollen, spielt Großbritannien eine wichtige Rolle. Sie haben beim Einsatz ihrer Waffen schon mehrfach rote Linien überschritten, ausgetestet, was die Russen hinnehmen. Darin gibt Großbritannien immer wieder neue Linien vor, wie eskaliert werden kann und mit welchen modernen Waffen die Ukraine ausgestattet werden soll. Damit werden Fakten gesetzt, die für die EU den Sachzwang bilden nachzuziehen. Insofern „bugsiert“ das Vorpreschen die EU in eine Strategie der militärischen Aufrüstung.

Natürlich unterstellt das einen geteilten Zweck der europäischen Mächte, wenn sie sich von Großbritannien vorantreiben lassen. Dazu gehört auch, dass sich die britische Regierung bei der Eskalation der Konfrontation mit Russland wenig bedenklich zeigt. In dem Maß, wie sie die Eskalation vorantreiben, treiben sie auch den Bedarf voran, dass jeder Eskalationsschritt von der amerikanischen Abschreckungsmacht gedeckt wird. Das ist ganz im Sinne Großbritanniens, das die Einheit der europäischen Staaten mit den USA sicherstellen will.

— Meint „Bugsieren“ nicht, dass Großbritannien eine von den anderen europäischen Staaten unterschiedene Vorgehensweise im Stellvertreterkrieg praktiziert? Macron machte in seiner Rede deutlich, Russland dürfe nicht erniedrigt werden. Scholz führt mit Putin so etwas wie Telefondiplomatie. Großbritannien will im Gegensatz dazu den Krieg eskalieren. Auch solche verdeckten militärischen Aktivitäten, wie die Sprengung der Pipeline, Drohnenangriffe auf den Marinestützpunkt in Sewastopol oder die Zerstörung der Krim-Brücke, deren Urheber ein mehr oder weniger offenes Geheimnis sind, sind ganz im Geiste Großbritanniens. Damit bugsiiert es die europäischen Staaten regelrecht in neue Kriegslagen und drängt sie zu weiteren militärischen Vorgehensweisen.

Mit dem Vorpreschen der Briten bei jedem Eskalationsschritt befördern sie sehr zielstrebig und praktisch eine einheitliche Kriegsallianz der europäischen Staaten mit den USA. Das ist ihr Beitrag für die USA. Zugleich tragen sie so dazu bei, das Gewicht der Europäer in der NATO zu erhöhen, sie für die USA unverzichtbar zu machen. Das machen sie, indem sie mit ihrer speziell *militanten* Art in den Kriegsfragen vorangehen, mit wenig Rücksicht auf das Risiko russischer Eskalation.

Mit der Fortentwicklung des Kriegs sehen sich die Unterstützer der Ukraine vor neue militärische Situationen gestellt und fragen sich, inwieweit der Stellvertreter überhaupt in der Lage ist, sich als Stellvertreter zu betätigen und zu behaupten. Dazu stellen sich die

Unterstützer-Staaten unterschiedlich: Soll jetzt eine neue Panzerarmee aufgestellt werden oder braucht es dafür gleich Kampfjets? In diesen Fragen ringen die beteiligten Staaten darum, in welcher Weise und wie weit sie die Eskalation gegenüber Russland voranbringen wollen. Da wird Scholz Zögerlichkeit vorgeworfen. Polen mahnt eine stärkere Führungsrolle Europas an. Es gibt Differenzen in der Einschätzung, wie ernst die Drohung Russlands mit dem Einsatz von Atomwaffen zu nehmen ist. All das dokumentiert die unterschiedlichen Standpunkte dazu, wie radikal oder wie schnell man eskalieren will. Großbritannien nimmt die Rolle des Vorreiters ein, der entschlossen immer neue rote Linien überschreitet, vorangeht, Fakten setzt. So werden die anderen Staaten in eine neue Art der Konfrontation mit allen Konsequenzen hinein*bugsirt*. Je mehr rote Linien sie überschreiten und je mehr die europäischen Staaten mit ihren Beiträgen zur militärischen Aufrüstung leisten, desto größer wird ihr Beitrag für die USA und desto dringlicher wird umgekehrt für sie das Abschreckungspotenzial der USA. So werden die USA und Europa füreinander nützlich und aufeinander verpflichtet. Das stärkt das westliche Bündnis gegen Russland. Dazu sieht sich Großbritannien berufen: Als autonome, von EU-Richtlinien unabhängige militärische Weltordnungsmacht im Verbund mit den USA.

\*

Der Fortgang des Artikels (S. 41ff) thematisiert die Perspektiven dieser unterschiedlichen Positionen in Bezug auf das Kriegsziel und die Nachkriegsordnung. Mit dem US-Verteidigungsminister Austin wissen sich die NATO-Staaten in der Prämisse einig, dass der Krieg als Stellvertreterkrieg vorangetrieben werden soll. Auch einig sind sie sich darin, dass das Ziel ist, Russland so sehr zu schwächen, dass es zu einer Aktion wie in der Ukraine nicht mehr in der Lage ist. Was das aber heißt und wann das Ziel als erreicht gilt und wie es am besten herbeigeführt werden kann, ist unter den westlichen Kriegsbetreibern nicht ausgemacht. Sie *definieren* das Kriegsziel, *wozu* Russland nicht mehr in der Lage sein soll, *unterschiedlich*. Soll der Krieg bis zur vollständigen Niederlage des Feinds fortgesetzt werden oder kann man sich auch Friedensverhandlungen vorstellen und wenn ja, unter welcher Bedingung. In dieses Spektrum unterschiedlicher Positionen bringt sich Großbritannien vorwärtstreibend ein.

— *Das wird zum einen am Tallinner Versprechen deutlich (S. 42). Darin spricht Großbritannien der Ukraine das Recht zu, alle Gebiete, die Russland für sich beansprucht hat, einschließlich der Krim zurückzuerobern. Zum anderen gab Boris Johnson schon kurz nach dem Ausbruch des Stellvertreterkriegs bekannt, dass für ihn Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland nicht in Frage kommen. Ein von Unterhändlern der beiden Staaten ausgehandelter Kompromiss sah vor, dass Russland sich auf die Linien vor Kriegsbeginn zurückzieht, wenn sich die Ukraine im Gegenzug verpflichtet, kein Mitglied der NATO zu werden. Dieser angedachte Konsens, 'Land für Frieden', wurde von Johnson verworfen. Der britische Standpunkt unterscheidet sich nicht wesentlich von dem der anderen europäischen Staaten, aber darin, wie das Ziel zu erreichen ist.*

Die Tallinner Erklärung beinhaltet das Versprechen, so viel Unterstützung für die Ukraine zu leisten, dass die Ukraine dieses Maximalziel erreicht. Gegenüber den westlichen Staaten ist es der Versuch, deren Unterstützungsleistung darauf festzulegen, sich *diese* Maximalposition zu eigen zu machen und ihre versammelte militärische Macht dafür einzusetzen. Konsequenter endet die Erklärung damit, die „Unterstützungspakete für den ukrainischen Sieg auf dem Schlachtfeld“ in Ramstein organisieren zu wollen. Das ist eine dezidierte Absage an alle Friedensverhandlungen, die vor einer russischen Kapitulation stattfinden. Und es ist der Versuch, die Eskalation der Waffenlieferungen auch der anderen Unterstützer der Ukraine daran zu bemessen.

Auch hinsichtlich der Frage, wie die neue 'europäische Friedensordnung' beschaffen sein soll, unterscheiden sich die Positionen der EU-Führungsmächte Deutschlands und Frankreichs von der des Vereinten Königreichs (S. 43).

310 — Die europäische, maßgeblich die deutsch-französische Position heißt, dem geschwächten Russland soll nach dem Krieg nur noch eine der EU untergeordnete Rolle unter Anerkennung der NATO bis an seine Grenzen zukommen. Es soll weder willens noch in der Lage sein, einen Angriff auf ein Land, das die EU ihrer Hoheit zuordnet, zu unternehmen. Wie grenzt sich dieser Standpunkt von dem britischen ab? Im britischen Verteidigungsministerium ist von der Schwächung der russischen Weltmacht die Rede, 315 von der Befreiung der Welt von russischer Bedrohung. Worin liegt der Unterschied zur europäischen Position?

320 — Die Zu- und Unterordnung Russlands, wie sie von den Hauptmächten Europas angestrebt wird, rekuriert noch auf den Willen des Landes, sich unterzuordnen. Großbritannien sagt, es will von jeglicher russischen Bedrohung befreit werden. Geht das nicht in Richtung Zerstörung Russlands?

Der britische Machtanspruch bezieht sich nicht nur auf Europa. Die Briten haben sich als Weltmacht zum Feind Russlands erklärt und wollen die russische Macht so weit zurechtgestutzt sehen, dass sie nirgendwo auf der Welt britischen Interessen entgegentreten kann. Da steht nicht die europäische Friedensordnung im Vordergrund, 325 sondern der Weltmachtanspruch des Vereinten Königreichs. Und für den ist Russland schlicht ein Feind, dem die Potenzen zur Betätigung der Feindschaft genommen werden müssen. Großbritannien bezieht sich insofern rein negativ auf Russland, während von europäischer Seite noch eine Art positiver Bezug dahingehend vorstellbar ist, Russland eine Position als der EU untergeordnetes Land zuzuweisen, das sich für den Fortschritt 330 der EU dienstbar machen könnte.

### 3. Sachdienliche Auskünfte zur Modernisierung des amerikanischen Imperialismus (GS 1-23, S. 45)

335 — In dem Artikel geht es um die amerikanische Sicht auf die Stellung der USA in der Welt anhand einer Rede des Sicherheitsberaters der US-Regierung, Jake Sullivan. Dabei geht es um die Planung und Festigung ihrer Vorherrschaft auf der Welt. Dass sie die imperialistische Macht Nr. 1 sind, ist eben keine Selbstverständlichkeit. Insbesondere auf dem Feld der digitalen Revolution sieht Sullivan Handlungs- und Modernisierungsbedarf. Diese Technologien haben gerade zur amerikanischen wirtschaftlichen Potenz 340 beigetragen, man sieht das an den Wirtschaftsbeziehungen zu den Konkurrenten. Aber es ist nicht garantiert, dass die USA dabei unbedingt als unbestrittener Sieger hervorgehen. Daher fehlt es aus amerikanischer Sicht an einer absolut zukunftsfesten Erfolgsgarantie.

Die USA haben es ziemlich weit gebracht. Sie sind Weltmacht Nr. 1, sie beherrschen den Globus wirtschaftlich und militärisch. So sehen das aber die Amerikaner nicht, sondern 345 für sie ist ihre Suprematie in Gefahr. Das ist die Ausgangsthese im Artikel: es fehlt den USA eine absolut zukunfts feste Erfolgsgarantie. Ihre Suprematie muss für die Zukunft gesichert sein. Dafür steht bei Sullivan der Rückblick, wozu er diese Wellen einführt: eine „liberalisierende Welle“ und eine „autoritäre Gegenrevolution“.

350 — Auffallend an Sullivan ist, dass es ihm nicht um technologischen Fortschritt an sich geht, der unterschiedlich auf der Welt vorkommt. Sondern er betrachtet alles dahingehend, ob es der amerikanischen Suprematie zugutekommt oder nicht. Die „liberalisierende Welle“ steht dafür, dass die USA zu liberal mit ihren Konkurrenten waren. Sie haben die Verbreitung ihrer Technologien zugelassen. Was die Konkurrenten daraus gemacht haben, sieht er nicht als Verfolgung von ihren Interessen sondern als 355 „autoritäre Gegenrevolution“. So verwandelt er die Konkurrenz auf dem Gebiet der Technologie in eine Auseinandersetzung von Demokratie und Diktatur.

Das muss man erläutern. Was er als „liberalisierende Welle“ von Innovationen der frühen Internetära kennzeichnet, was ist denn da die Sache und was ist seine Übersetzung? Schließlich haben die USA das, worüber Sullivan da im Rückblick seine Unzufriedenheit ausdrückt, doch alles selber angezettelt.

360 — *Die Sache ist, dass die USA der Welt das Internet und alle Folgetechnologien mit der Intention zur Verfügung gestellt haben, dass auf dem Weltmarkt alle davon profitieren und dadurch natürlich in erster Linie sie selbst. Daran stört Sullivan, dass die Konkurrenten auf der Welt damit ihren Erfolg gut vorangebracht haben und so der Erfolg der USA relativiert wird.*

365 Bei dieser „liberalisierenden Welle“ muss man sich die Dialektik von Freiheit und Zugriff sowie die von Offenheit und Dominanz klar machen. Die Freiheit haben die USA für die globale Benutzung der Welt, also für ihren Zugriff auf sie für sinnvoll erachtet. Mit dem Internet, der weltweiten Vernetzung wurde der weltumspannende Kapitalismus vorangebracht und die Welt für amerikanische Interessen zugerichtet. Da war *Freiheit* der Modus des amerikanischen *Zugriffs* auf die ganze Welt, ökonomische *Offenheit* das Modell der amerikanischen *Dominanz* über den globalen Kapitalismus. So ging die Zurichtung der Welt für amerikanische Interessen. Die Konkurrenten haben dies für *ihr* Vorankommen genutzt. Das bezeichnet Sullivan als Gegenrevolution.

375 Was ist der Inhalt, wenn es um Technologieführerschaft geht? Einerseits haben die USA aus einem *Produktivitätsfortschritt* mittels Digitalisierung und weltweitem Internet ihre amerikanische Macht in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht vorangebracht. Der Rest der Welt wurde davon abhängig gemacht, Bestandteil dieser vernetzten kapitalistischen Welt, der globalen Ökonomie zu sein. Andererseits ist dieser Produktivitätsfortschritt, der zum Nutzen amerikanischen Kapitals und amerikanischer Macht in die Welt gesetzt wurde, eben auch Mittel anderer Kapitalisten weltweit geworden und stärkt darüber andere Nationen wirtschaftlich. Die sogenannte „liberalisierende Welle“ erweist sich also nicht nur als Mittel zur Stärkung amerikanischer Macht, sondern auch als Mittel zur Stärkung ihrer Konkurrenten. Es kommt so harmlos daher: Man müsse sich für Wissenschaft und Technologie einsetzen und die besten Köpfe der Welt zu sich holen und irgendwie den technologischen Fortschritt schützen –, dabei geht es um die Suprematie amerikanischer Macht.

380 Sullivan denkt bei technischem Fortschritt sofort an globale Gegensätze von Großmächten. Das gibt der technische Fortschritt für sich zwar gar nicht her. Er sieht aber technischen Fortschritt gleich als das Mittel zum Austragen der Gegensätze von Staaten. Hier werden zudem die Gegensätze der kapitalistischen Staaten auf die Ebene von Werten und Systemen – Demokratie versus Autoritarismus – verfälscht. So wird der von den USA in die Welt gebrachte Fortschritt, wenn ihn sich andere zunutze machen, in eine „autoritäre Gegenrevolution“ gegen die Demokratie verwandelt.

395 — *Ist das nicht der Unterschied zu Trump? Der hat bemerkt, dass die Konkurrenz der Wirtschaftsmächte nicht unbedingt zum Wohle Amerikas beiträgt. Aus seiner Sicht sollten die USA ihre Macht durch Wirtschaftssanktionen, durch Ausschluss anderer wiedererlangen, die USA würden betrogen usw. Sullivan dagegen sieht es als Aufgabe, eine Industriestrategie voranzutreiben. D.h. die USA verlangen sich etwas ab, und nicht, sie wollen andere in die Schranken weisen.*

400 Was die USA sich selbst abverlangen, ist, ihre Suprematie zu sichern. Dafür ist laut Sullivan wieder ein Vorsprung in der technologischen Führerschaft herzustellen, der so enorm ist, dass die USA garantiert die Nr. 1 sind und bleiben. Darin ist er sich mit Trump einig und auch darin, dass die USA sich von anderen nicht ausnutzen lassen dürfen. Mehr gibt der Vergleich mit Trump da erst mal nicht her.

405 — *Mit der „enormen Aufgabe der Neugestaltung“ für die USA kündigt Sullivan an, eine neue Industriestrategie aufzusetzen, um die Suprematie zu behalten und voranzutreiben. Dieses Ziel ist natürlich bei Trump das gleiche gewesen. Im Unterschied zu Sullivan hat*



410 *Trump die Welt des Betrugs und der unrechtmäßigen Vorteilsnahme bezichtigt und  
Wirtschaftssanktionen eingeführt.*

Laut Sullivan müssen sich die USA so aufstellen, dass die Konkurrenz eindeutig zu ihren  
Gunsten ausgeht. Dieses Programm, den Vormachtanspruch der USA in der Konkurrenz  
der Nationen sicherzustellen, läuft unter dem Titel „technologische Führungsposition“.  
415 Das ist nicht einfach ein Programm, das Wissenschaft und technologischen Fortschritt mit  
viel Forschungstätigkeit und Interesse an neuen Erkenntnissen fördern will.  
Produktivitätsfortschritte, Wissen und Technologie interessieren überhaupt nur als Mittel  
amerikanischer Macht, sowohl ökonomisch wie militärisch. Unter dem Titel Konkurrenz  
um technologische Führerschaft ist nicht weniger als die Modernisierung des  
amerikanischen Imperialismus auf die Tagesordnung gesetzt.

420 Die amerikanische Prämisse ist, dass als Resultat feststehen muss, dass keinem anderen  
als den USA die technologische Führerschaft zusteht. Dieses Recht der USA muss also  
gegen alle Konkurrenten erkämpft werden. Das den USA überhaupt streitig machen zu  
wollen, ist daher das Verbrechen der Konkurrenten.

— *Den Hauptgegner hat Sullivan auch schon ausgemacht, wenn er sagt „wir stehen  
425 einem Konkurrenten gegenüber, der bereit ist, uns abzulösen“. Dieser Gegner ist China  
und dementsprechend setzt er sein neues Programm auf die Tagesordnung.*

\*

Beim **nächsten Jour fixe am 12.06.23** besprechen wir den Artikel fertig (ab II., S. 47,  
GS 1-23). Die weiteren Themen werden auf der Website des GegenStandpunkt bekannt  
430 gegeben.